

# Berlin Brief

VON JOSIP JURATOVIC,  
MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES



AUSGABE 149, 14. FEBRUAR 2014

Bürgerbüro Josip Juratovic  
Untere Neckarstraße 50  
74072 Heilbronn  
07131/783616  
[josip.juratovic@bundestag.de](mailto:josip.juratovic@bundestag.de)  
[www.juratovic.de](http://www.juratovic.de)  
[www.facebook.com/josipjuratovic](https://www.facebook.com/josipjuratovic)

*Sehr geehrte Damen und Herren,  
Liebe Freundinnen und Freunde,*

ein bestimmendes Thema dieser Woche war im Plenum und in der Öffentlichkeit die Diskussion um die **Abgeordneten**. Dieses Thema ist immer schwierig, weil Abgeordnete über ihr eigenes Einkommen entscheiden müssen. Ich begrüße den Vorschlag unserer Koalition, der unabhängigen Expertenkommission zu folgen, die Diäten mit den Einkommen von Landräten, Bürgermeistern mittelgroßer Städte und Bundesrichtern gleichzustellen und sie ab 2016 an die allgemeine Lohnentwicklung aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu koppeln.

Daneben sorgte die anstehende Entscheidung zur Zulassung oder Nichtzulassung von **Genmais** für eine heftige Debatte. Wir als SPD-Bundestagsfraktion haben die Bundesregierung ausdrücklich aufgefordert, bei der Genmais Entscheidung am 11. Februar 2014 in Brüssel mit Nein zu stimmen. Innerhalb der Bundesregierung haben sich die beteiligten SPD-Ressorts (Wirtschaft, Umwelt und Justiz) und das CSU-geführte Landwirtschaftsministerium klar gegen eine Zulassung von Genmais ausgesprochen. Die CDU-geführten Ministerien, Forschung und Gesundheit, sind für die Zulassung der Genmaissorte - aus „grundsätzlichen Erwägungen“ mit Prokura aus dem Kanzleramt.

**EIN AUSZUG AUS MEINEM  
TERMINKALENDER – ICH  
FREUE MICH, SIE ZU TREFFEN:**

**„Bildung am Freitag“ der IG  
Metall: Wahlverhalten in der  
Region**

*Fr, 21.2., 15 Uhr, Neckarsulm,  
IG-Metall-Verwaltungsstelle,  
Salinenstraße*

**Oedheimer Garde- und Schau-  
tanzsportturnier**

*Sa, 22.2., 9 Uhr, Heilbronn-  
Sontheim, Bewegungszentrum  
der TSG Heilbronn, Hofwiesen-  
straße 40*

**Bürgersprechstunde**

*Mo, 24.2., 14 – 18 Uhr, Heilbronn,  
Bürgerbüro, Untere Neckarstraße  
50, bitte vorherige Anmeldung  
unter  
[josip.juratovic@wk.bundestag.de](mailto:josip.juratovic@wk.bundestag.de)*

*P.S.: Berlin-Brief abonnieren?  
Mail an  
[josip.juratovic@bundestag.de!](mailto:josip.juratovic@bundestag.de)*

Nach diesem „Veto“ erfolgte die allgemeine Praxis: Bei unterschiedlichen politischen Einschätzungen innerhalb der Bundesregierung ist es üblich, auf EU-Ebene mit „Enthaltung“ zu stimmen. Ich bedauere dieses Vorgehen der CDU-Minister.

Im Nachgang der Münchner Sicherheitskonferenz ist auch die **Außenpolitik** stark in den Medien vertreten. In meinen Ausschüssen habe ich als Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion für Südosteuropa vor allem die **Lage in Bosnien und Herzegowina** beobachtet – gleichzeitig mit Sorge und Hoffnung. Bürgerinnen und Bürger gehen gegen Nationalismus, Misswirtschaft und Korruption auf die Straße. Die politischen Eliten haben es nach dem Zusammenbruch Jugoslawiens nicht vermocht, ökonomische und soziale Perspektiven zu entwickeln. Stattdessen pflegen sie zum eigenen Machterhalt häufig eine nationalkonservative oder gar nationalistische Rhetorik gegen die jeweils andere ethnische oder religiöse Gruppe im Land. Ich unterstütze die Forderungen nach **Demokratisierung der Parteien** und politischer Transparenz. Nötig sind eine Änderung der Verfassung nach den Maßstäben des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte und baldige Neuwahlen. Im Auswärtigen Ausschuss haben wir das Vorgehen Deutschlands in dieser Situation diskutiert. Ich finde es wichtig, dass wir innerhalb der europäischen Parteienfamilien Unterstützung leisten - aber nur in Zusammenarbeit mit legitimen Vertretern, die auf der Grundlage von demokratischen Werten ihre Ziele verfolgen!

Im Auswärtigen Ausschuss haben wir zudem über die Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte am Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in **Afghanistan (ISAF)** abgestimmt. Nach zwölf langen Jahren sollte dies das letzte Mandat gewesen sein, das dem Bundestag zur Abstimmung vorgelegt wird. Afghanistan wird voraussichtlich Ende 2014 die Sicherheitsverantwortung im ganzen Land übernehmen können. Damit soll die ISAF Mission bis zum 31. Dezember 2014 abgeschlossen sein. ISAF ist mittlerweile nur noch unterstützend tätig und berät afghanische Sicherheitskräfte und bildet sie aus. Die Personalobergrenze dieses letzten ISAF-Mandates wurde um 1.100 abgesenkt und liegt bei bis zu 3.300 Soldatinnen und Soldaten. In meinen neuen Ausschüssen - dem **Auswärtigen Ausschuss** und **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** – werde ich mich dafür einsetzen, dass Deutschland und die EU andere Staaten bei ihren Herausforderungen mit der vorhandenen Erfahrung vorbeugend und nachhaltig unterstützen – damit Militäreinsätze künftig hoffentlich überflüssig werden.

Abschließend möchte ich anmerken, dass ich mich zur aktuellen Berichterstattung über den gesamten Fall **Sebastian Edathy** nicht äußern möchte. Es ist Aufgabe der **unabhängigen Justiz**, hier umfassend nachzuforschen und Vorwürfe zu klären.

Mit freundlichen Grüßen

